



Ausstieg aus dem Schengen-Raum? – Wie steht es um Europas (Volks-)Wirtschaft

Workshop der AG Europäische Wirtschaftspolitik (AG EWP) am 16.04.2016 in Dresden

Was bedeutet der Ausstieg aus dem Schengen-Raum für Europa, für die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten aber auch für die Nicht-EU-Staaten? Welche Handelseffekte hat die Wiedereinführung von Grenzkontrollen? Und welche Maßnahmen sollten getroffen werden, um die europäischen Mitgliedstaaten wieder zu einem einheitlichen, gemeinsamen und fairen Vorgehen zu bewegen? Diese und weitere Fragen waren Gegenstand eines Workshops der AG EWP, die am 16.04.2016 anlässlich des Bundeskongresses in Dresden tagte und mit ca. 50 Teilnehmern gut besucht war.

Als Gast konnte die AG EWP in diesem Jahr Dr. Jasmin Gröschl vom ifo-Institut München gewinnen. Der sehr fundierte Vortrag von Frau Gröschl, die mit ihren Kollegen u.a. zum Thema internationaler Handel forscht, gab den Delegierten der EUD und JEF hierzu interessante wissenschaftliche Erkenntnisse mit auf den Weg.

Die von der AG EWP ausgearbeitete Stellungnahme deckte sich dabei zum großen Teil mit den wissenschaftlichen Ergebnissen der Expertin:

- Neben den Importen wären auch die Exporte und damit v.a. Deutschland als Exportweltmeister negativ betroffen, z.B. bei „Just-in-time“-Lieferungen. Zahlreiche Arbeitsplätze wären in Gefahr. Ein umfassender Kollaps von Schengen würde den deutschen Warenhandel um 53 Mrd. €/Jahr und den Dienstleistungshandel um ca. 16 Mrd. €/Jahr senken.
- Für über eine Million Pendler wären in der Europäischen Union Wartezeiten von durchschnittlich etwa 20 Minuten je Grenzübertritt die Folge, was de-facto die Einschränkung der Arbeitnehmer-Freizügigkeit bedeuten würde.
- Nicht nur Waren würden nicht nur für den Endverbraucher teurer werden. Auch Dienstleistungen, wie der Einzelhandel, die Gastronomie und der Tourismus wären negativ betroffen.
- Das BIP würde für alle europäischen Staaten spürbar zurückgehen. Würden an allen Schengen-Grenzen wieder Grenzkontrollen eingeführt, würde dies allein für Deutschland einen Beitrag von ca. 4-11 Mrd. €/Jahr ausmachen. Pro Kopf wären dies ca. 130 € netto weniger pro Jahr.



- Und würde die Visapflicht wieder eingeführt, würden die Möglichkeiten des kulturellen Austauschs und Kennenlernen anderer Mitgliedstaaten durch den Austausch von Schülern, Studenten und Auszubildenden stark behindert.

Das Schengen-System muss folglich beibehalten werden. Die Errungenschaften eines freien Binnenmarktes mit seinen Grundfreiheiten darf durch die Diskussion um die dauerhafte Wiedereinführung von Grenzkontrollen in der EU nicht gefährdet werden.

Weiterführende Links:

- ifo-Forschungsbericht, Handelseffekte zu Grenzkontrollen, abrufbar unter <https://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/docbase/details.html?docId=19209546>
- Der ifo Schnelldienst zu Effekten von Grenzkontrollen für Deutschland und Österreich findet sich unter: <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/publications/docbase/details.html?docId=19190224>
- Stellungnahme der UEF, abrufbar unter <http://www.europa-union.de/eud/news/uef-grenzen-gehoren-der-vergangenheit-an-schengen-muss-erhalten-bleiben/>

Ansprechpartner: Dr. Claudia Conen und Thomas Kopsch